

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. Jänner 1957

66/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. P f e i f e r , K a n d u t s c h , Dr. G r e d l e r  
und Genossen  
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,  
betreffend Abänderung der ehemalige Nationalsozialisten diskriminierenden  
Bestimmungen des § 500 ASVG.

-.-.-.-

Nach § 500 ASVG, sind Personen, die in der Zeit vom 4. III. 1933 bis  
9. V. 1945 aus politischen Gründen - ausser wegen nationalsozialistischer  
Betätigung - einen Nachteil erlitten haben, begünstigt.

Angesichts der bevorstehenden, wiederholt zugesagten Aufhebung der  
Ausnahmsgesetze und der Erlassung einer NS-Amnestie wäre es hoch an der  
Zeit, gerade in jenem Gesetze Gleichberechtigung zu schaffen, welches in  
erster Linie berufen ist, wirtschaftlich Schwachen sozialen Schutz zu  
bieten.

Zur Gleichberechtigung gehört aber, dass niemand wegen seiner politi-  
schen Überzeugung benachteiligt werden darf. Es ist daher notwendig und im  
Sinne des Art. 7 unserer Verfassung und des Art. 6 des Staatsvertrages  
zwingend geboten, dass sowohl die Ausnahmsbestimmung "ausser wegen natio-  
nalsozialistischer Betätigung" gestrichen als auch die Zeitspanne vom  
4. III. 1933 bis 9. V. 1945 bis zum Inkrafttreten der NS-Amnestie ausgedehnt  
wird.

Nebstbei bemerkt schafft die derzeitige Fassung des § 500 Unklarheit  
über die von der Begünstigung ausgeschlossenen Gruppen. Die Ausschlussbe-  
stimmung ist nicht auf die Zugehörigkeit zur nationalsozialistischen Par-  
tei, sondern auf nationalsozialistische Betätigung abgestellt.

Das Nationalsozialistengesetz, BGBl. Nr. 25/1947, unterscheidet in  
§ 10 ausdrücklich zwischen Angehörigkeit und Betätigung für die national-  
sozialistische Bewegung; letztere kann auch ohne Zugehörigkeit zur NSDAP  
erfolgen. Schon das Verbotsgesetz, BGBl. Nr. 13/1945, macht diesen für die  
strafrechtliche Verantwortung massgeblichen Unterschied.

Die Fassung des § 500 ASVG. rechtfertigt daher in keiner Weise, Per-  
sonen aus dem begünstigten Kreis auszuschliessen, die lediglich der NSDAP  
angehört haben, ohne sich für diese Partei zu betätigen. Sie gibt vielmehr  
schon jetzt die Möglichkeit, einfache Parteimitglieder (Anwärter) in den  
begünstigten Personenkreis aufzunehmen.

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. Jänner 1957

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit,

1.) zur Herstellung der Gleichberechtigung der Staatsbürger eine Abänderung des § 500 ASVG. im Gesetzeswege zu beantragen, durch welche der personelle und zeitliche Geltungsbereich des § 500 ASVG. auf alle aus politischen Gründen Geschädigten bis zur Gegenwart ausgedehnt wird;

2.) bis zum Inkrafttreten dieser Gesetzesnovelle die an sich verfassungswidrige Ausnahmsbestimmung "ausser wegen nationalsozialistischer Betätigung" nur auf jene anzuwenden, welche sich für die NSDAP aktiv betätigt haben?

--- --